

Anfrage



Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

München, 21.07.2021

Ausländerkriminalität innerhalb der LHS München – Bewertung und Gegenmaßnahmen

Bereits seit Jahren stellen in der Landeshauptstadt München Nichtdeutsche rund die Hälfte der einer Straftat Tatverdächtigen (TV) pro Jahr. Zuletzt waren es laut aktuellem Sicherheitsreport des Polizeipräsidiums ohne Berücksichtigung ausländerrechtlicher Verstöße 48,5 % der TV im Stadtgebiet. In manchen Teilbereichen wurden sogar noch signifikant höhere Anteile ermittelt, so etwa von rund 55 % bei Gewaltverbrechen.

Bemerkenswert ist dies insbesondere eingedenk des deutlich geringeren Bevölkerungsanteils dieser Personengruppe. So hatte laut Statistischem Jahrbuch 2020 nur 28,5 % der Münchner Wohnbevölkerung keine deutsche Staatsbürgerschaft. Es liegt also eine erhebliche Häufung von Nichtdeutschen unter den Kriminellen der Landeshauptstadt vor.

Sozioökonomische oder altersbedingte Erklärungsmuster hierfür greifen offensichtlich zu kurz. Selbst das Polizeipräsidium hält fest, dass in allen Altersgruppen die nichtdeutschen TV überrepräsentiert sind. Auch der immer wieder vorgebrachte Hinweis auf eine mögliche statistische Verzerrung durch Touristen und sonstige Ortsfremde, scheint vor Hintergrund des Corona-Jahres 2020 hinreichend entkräftet.

Die statistische Überrepräsentanz gilt im Übrigen, ausgehend von ihrem städtischen Bevölkerungsanteil von 2,1 %, im besonders dramatischen Maße für sogenannte Zuwanderer,¹ welche bei einem TV-Anteil von 11,1 %, um das Fünffache überrepräsentiert sind.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- 1.1 Wie bewertet der Oberbürgermeister das offensichtlich im nichtdeutschen Teil der Stadtgesellschaft besonders ausgeprägte Risiko straffällig zu werden?
- 1.2 Worin werden die wesentlichen Ursachen für die erhebliche statistische Überrepräsentanz von ausländischen TV in der Landeshauptstadt gesehen?
- 2.1 Welche Maßnahmen ergreift die Landeshauptstadt, um diesem Problem präventiv entgegenzuwirken?
- 2.2 Welche konkreten Maßnahmen (Unterstützung von Einzelprojekten, Vereinen und Organisationen, etc.) werden als die Wichtigsten in diesem Zusammenhang angesehen?

¹ Unter dem Begriff Zuwanderer werden nach bundeseinheitlicher Definition Opfer und Tatverdächtige subsumiert, die mit den nachfolgend aufgeführten Aufenthaltsgründen in der PKS registriert wurden: *Asylbewerber, Duldung, Kontingentflüchtling, international/national Schutzberechtigte und Asylberechtigte sowie unerlaubter Aufenthalt.*

Anfrage



- 2.3 Wird die Wirksamkeit dieser Maßnahmen regelmäßig evaluiert und falls dies der Fall ist, wo werden die Ergebnisse veröffentlicht?
- 3.1 Vor Hintergrund der extremen Überrepräsentanz von Zuwanderern unter den einer Straftat Tatverdächtigen, wie wägt der Oberbürgermeister die legitimen Sicherheitsinteressen der Münchner Bevölkerung ab, gegen die Forderungen großer Teile des Stadtrates, in der Landeshauptstadt noch mehr Zuwanderer als rechtlich verpflichtend aufzunehmen?
- 3.2 Wird sich der Oberbürgermeister aufgrund der im Sicherheitsreport veröffentlichten Zahlen und Fakten, künftig für die konsequente Abschiebung vollziehbar ausreisepflichtiger ausländischer Straftäter einsetzen?

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträtin

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat